



Sessionsvorschau Sommersession 2023 – Netzwerk Kinderrechte Schweiz

Der **Nationalrat** behandelt in der kommenden Session verschiedene Geschäfte, die für die Kinderrechte wichtig sind. Unter anderem behandelt der Rat die Parlamentarische Initiative von Sibel Arslan «[Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben](#)». Nach mehreren Runden beschloss die Staatspolitische Kommission (SPK-N) des Nationalrates im September 2022 auf die Initiative einzutreten und den Vorentwurf in die Vernehmlassung zu schicken. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz beteiligte sich am Vernehmlassungsverfahren und begrüsste in seiner [Stellungnahme](#) die Senkung des Stimm- und Wahlrechts auf 16 Jahre. Die SPK-N kam nach der Kenntnisnahme der Vernehmlassungsergebnisse jedoch zum Schluss, dass das Geschäft vorerst nicht weiterverfolgt werden soll. Sie beantragt ihrem Rat, die Initiative abzuschreiben. Nun geht das Geschäft zurück in den Nationalrat.

Zudem befasst sich der Nationalrat in der Sommersession 2023 mit der Motion «[Schaffung eines Bundesamtes für Familie, Generationen und Gesellschaft](#)» von Yvonne Feri zur besseren Koordination der nationalen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Der **Ständerat** befasst sich in der kommenden Session mit dem bundesrätlichen Geschäft «[Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz. Änderung](#)». Dieses fordert unter anderem, dass bei Jugendlichen, die das 16. Altersjahr vollendet und einen Mord begangen haben, künftig direkt eine Verwahrung angeordnet werden kann, sofern ernsthafte Rückfallgefahr besteht. Der Ständerat hat sich in der Frühjahrssession für eine entsprechende Debatte im Parlament ausgesprochen, obwohl die ständerätliche Rechtskommission die Vorlage zur Ablehnung empfahl. Das Netzwerk Kinderrechte Schweiz steht den vorgeschlagenen Änderungen kritisch gegenüber, da diese den Grundgedanken der UN-Kinderrechtskonvention und des Jugendstrafrechts zuwiderlaufen. Einen [ausführlichen Beitrag](#) dazu finden Sie auf der Website des Netzwerks.

Der Ständerat berät in der Sommersession weiter die parlamentarische Initiative "[Armut ist kein Verbrechen](#)". Die Initiative fordert, dass ausländische Personen, die seit zehn Jahren in der Schweiz leben und plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen sind, nicht mehr des Landes verwiesen werden können. Sie trägt dazu bei, dass das Kinderrecht auf soziale Sicherheit auch für Kinder mit ausländischen Elternteilen gewährleistet wird, wie das Netzwerk in einem [Website-Beitrag](#) bemerkt. Der Nationalrat hat der Initiative im Herbst 2022 bereits Folge gegeben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates beantragt ihrem Rat jedoch mit 7 zu 6 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben.

Ebenfalls in dieser Session setzt sich der Ständerat mit dem Geschäft «[Strafrechtliches Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen an Kindern mit einer angeborenen Variation der Geschlechtsmerkmale \(Intergeschlechtlichkeit\)](#)» von Matthias Michel auseinander. Der Bundesrat soll das Strafgesetzbuch mit einem Tatbestand ergänzen, der jegliche chirurgischen oder hormonellen irreversiblen Eingriffe an inneren und äusseren Geschlechtsmerkmalen oder Genitalien von urteilsunfähigen Kindern oder die Aufforderung dazu in der Schweiz mit Strafe bedroht. Da das Thema äusserst komplex ist, hat die vorberatende Kommission des Ständerates Fachleute und Vertreterinnen einer Interessengruppe angehört. Zudem sind während dieser Session mehrere Geschäfte im Ständerat traktandiert, die sich der Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität widmen. Diese waren grösstenteils ursprünglich für die Frühjahrssession 2023 traktandiert, wurden damals jedoch nicht behandelt (siehe dazu [Sessionsvorschau der Frühjahrssession 2023](#)).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar: [Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



Sessionswoche 1

Nationalrat

Montag 29.05.2023	Dienstag 30.05.2023	Mittwoch 31.05.2023	Donnerstag 01.06.2023	Freitag 02.06.2023
	Parlamentarische Initiative Brenzikofer Florence Von Tagesstrukturen zu Tagesschulen 21.412	Parlamentarische Initiative Aebischer Matthias Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter 17.412	Geschäft des Bundesrates Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht 18.043	

Sessionswoche 1

Ständerat

Montag 29.05.2023	Dienstag 30.05.2023	Mittwoch 31.05.2023	Donnerstag 01.06.2023	Freitag 02.06.2023
	Motion Roduit Benjamin Aromatisierte Zigaretten. Junge Menschen schützen 20.3634			

Sessionswoche 2

Nationalrat

Montag 05.06.2023	Dienstag 06.06.2023	Mittwoch 07.06.2023	Donnerstag 08.06.2023	Freitag 09.06.2023
		Parlamentarische Initiative Arslan Sibel Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben		

Sessionswoche 2

Ständerat

Montag 05.06.2023	Dienstag 06.06.2023	Mittwoch 07.06.2023	Donnerstag 08.06.2023	Freitag 09.06.2023
Geschäft des Bundesrates			Motion Gugger Niklaus-Samuel	



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

18.043

Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids#

20.3374

Motion

Michel Matthias

Strafrechtliches Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen an Kindern mit einer angeborenen Variation der Geschlechtsmerkmale (Intergeschlechtlichkeit)

Sessionswoche 3

Nationalrat

Montag

12.06.2023

Dienstag

13.06.2023

Mittwoch

14.06.2023

Donnerstag

15.06.2023

Freitag

16.06.2023

Motion

Gysin Greta

Vaterschaftsurlaub auch beim Tod des ungeborenen Kindes

21.3734

Postulat

Grin Jean-Pierre

Mischungen aus Alkohol und Medikamenten. Es ist Zeit, die Alarmglocke zu läuten

21.3838

Motion

Feri Yvonne

Schaffung eines Bundesamtes für Familie, Generationen und Gesellschaft

21.3850



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Motion

Crottaz Brigitte

**Depakine-Skandal.
Notwendigkeit eines
Fonds zur
Entschädigung der
Opfer**

21.3863

Motion

Prelicz-Huber Katharina

**Dauer der
Berufsvorbereitung für
Geflüchtete und
andere spät
Zugewanderte**

21.4064

Postulat

Python Valentine

**Politische Bildung.
Auswertung der
Ergebnisse und
Erarbeitung einer
Bundesstrategie**

22.3109

Sessionswoche 3

Ständerat

Montag

12.06.2023

Parlamentarische Initiative

Marti Samira

**Armut ist kein
Verbrechen**

20.451

Dienstag

13.06.2023

Mittwoch

14.06.2023

Donnerstag

15.06.2023

Parlamentarische Initiative

Regazzi Fabio

**Pädokriminalität im
Internet endlich
wirksam bekämpfen**

19.486

Freitag

16.06.2023

Motion

Bulliard-Marbach

Christine

**Endlich den Schutz
von Kindern vor der
rasant ansteigenden
pädosexuellen Gewalt
im Internet mit einem
griffigen nationalen
Aktionsplan
gewährleisten**



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Motion

Markwalder Christa

**Keine Lehrabbrüche
von Asylsuchenden,
die bereits in den
schweizerischen
Arbeitsmarkt integriert
sind**

20.3322

Motion

Feri Yvonne

**Nationale Strategie zur
Bekämpfung der
Cyber-Pädokriminalität**

20.4084

Geschäft des

Bundesrates

**Strafgesetzbuch und
Jugendstrafgesetz.
Änderung**

22.071



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Sommersession 2023

Geschäft des Bundesrates

[18.043](#)

Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Im grösseren Kontext geht es in diesem Geschäft um die generelle Sanktionierung von Straftaten. Gewalt- und Sexualdelikten, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden, sollen künftig härter bestraft werden. Als Teil des bundesrätlichen Geschäfts hat sich das Parlament intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob das sogenannte "Cybergrooming", also das Anbahnen von sexuellen Kontakten mit Minderjährigen im Internet, als neuer Straftatbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen werden sollte, wie dies die RK-S in ihrer Vernehmlassungsvorlage zum Sexualstrafrecht zur Diskussion gestellt hatte. Die nationalrätliche Kommission ist der Ansicht, dass die digitale Belästigung von Kindern und Jugendlichen im Internet ein grosses Problem darstellt. Sie beantragt ihrem Rat deshalb mit 22 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Aufnahme eines entsprechenden, als Antragsdelikt ausgestalteten Artikels ins Strafgesetzbuch, womit sie auch eine von Viola Amherd eingereichte und von Nationalrat Bregy übernommene parlamentarische Initiative umzusetzen gedenkt ("[Cybergrooming mit Minderjährigen endlich unter Strafe stellen](#)"). Die Kommission hat die Vorlage überdies zum Anlass genommen, dem Rat eine Änderung der Verjährungsfristen in Artikel 101 Absatz 1 Buchstabe e StGB zu beantragen. Bereits heute sind Sexualdelikte unverjährbar, wenn sie an Kindern unter 12 Jahren begangen werden. Mit 11 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen beantragt die Kommission dem Rat, diese Altersgrenze auf 16 Jahre zu erhöhen. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, soll eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt werden, weil Kinder besonders schutzbedürftig sind. Das Geschäft führte zu intensiven Debatten im Nationalrat. Bei einigen Punkten bestanden am Ende der Abstimmungen Abweichungen zum vorliegenden Entwurf. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hielt im März 2023 mit 23 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung daran fest, dass zukünftig auch das Anbahnen von sexuellen Kontakten mit Kindern bestraft werden sollte. Die Vorlage ist in der Sommersession sowohl im National- wie auch im Ständerat traktandiert und wird dann bereinigt werden.

Geschäft des Bundesrates

[22.071](#)

Strafgesetzbuch und Jugendstrafgesetz. Änderung

Der Bundesrat hat im November 2022 die Botschaft zu den Änderungen im Strafgesetz und Jugendstrafgesetz verabschiedet. Bei Jugendlichen, die das 16. Altersjahr vollendet und einen Mord begangen haben, soll künftig direkt eine Verwahrung angeordnet werden können, sofern ernsthafte Rückfallgefahr besteht. In der Vernehmlassung wurde der Wunsch geäussert, an den bewährten Grundsätzen des Jugendstrafrechts festzuhalten. Die vorgeschlagene Änderung würde den Grundgedanken der UN-Kinderrechtskonvention, der Leitlinien des Europarats für eine kindgerechte Justiz und des Jugendstrafrechts zu wider laufen. Die Rechtskommission des Ständerates hat mit 7 zu 5 Stimmen beschlossen, nicht auf den Entwurf 2 des Massnahmenpakets einzutreten, mit welchem der Bundesrat die Verwahrung für jugendliche Straftäter und Straftäterinnen einführen will. Die Kommission wies darauf hin, dass die Schweiz über ein sehr gut funktionierendes Jugendstrafrecht verfügt und mit den gesetzlich vorgesehenen Schutzmassnahmen der allergrösste Teil der jugendlichen Täterinnen und Täter reintegriert werden kann, so dass danach keine Gefahr für weitere Straftaten mehr besteht. Sie ist der Ansicht, dass die von der Motion Caroni 16.3142 «[Sicherheitslücke im Jugendstrafrecht schliessen](#)» angeprangerte Sicherheitslücke nur eine absolut geringe Anzahl von Verfahren betrifft und es nicht gerechtfertigt erscheint, aufgrund dieser Ausnahmefälle das bewährte System des Jugendstrafrechts umzukrempeln. Sie weist zudem darauf hin, dass die Persönlichkeits- und Hirnentwicklung bei minderjährigen Straftäter*innen noch nicht abgeschlossen ist und bei diesen deshalb eine mittel- bis langfristige Prognosestellung bezüglich der Gefährlichkeit gemäss den Experten und Expertinnen der



forensischen Psychiatrie gar nicht möglich ist. Eine Minderheit beantragt ihrem Rat Eintreten auf den Entwurf 2 und betont, dass der Bundesrat eine sehr ausgewogene Lösung vorschlage, indem sich die Verwahrung auf den Tatbestand Mord, für Täter ab 16 Jahren und bei bestehender Gefahr für Dritte bei Entlassung aus einer geschlossenen Unterbringung bei Volljährigkeit beschränke. Der Ständerat hat sich in der Frühjahrsession für eine entsprechende Debatte ausgesprochen und stellt sich damit gegen die Empfehlung seiner Rechtskommission. Nach Beratungen in den Kommissionen für Rechtsfragen beider Kammern, wird das Geschäft in der Sommersession im Ständerat behandelt.

Parlamentarische Initiative

[17.412](#)

Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Die Initiative verlangt, die Zielgruppe von Kindern von 0 bis 4 Jahren in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufzunehmen. Die Kommission war der Initiative zuerst wohlgesinnt, jedoch gab es auch kritische Stimmen. Insbesondere bestand Unklarheit, welche Angebote im Vorschulbereich über das KJFG gefördert werden könnten. Zudem war unklar, ob die finanziellen Mittel des heute auf rund 10 Millionen Franken beschränkten KJFG-Fördertopfs ausgeweitet würden oder ob letztlich nur die Anzahl anspruchsberechtigter Akteure, nicht jedoch das zur Verfügung stehende Geld zunehmen würde. Vor diesem Hintergrund lehnte die WBK-N im Februar 2019 die Initiative knapp ab. Im April 2019 wurde dieser Entscheid revidiert und die WBK-N sprach sich für eine Umsetzung aus. Die Kommission möchte nun, dass der Bund die Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung unterstützt (befristet auf 10 Jahre, pro Jahr können max. 4 Kantone Finanzhilfen in der Höhe von 100'000 CHF während dreier Jahre beziehen).

Der Nationalrat folgt mit 109 zu 75 Stimmen bei vier Enthaltungen dem Entwurf seiner Bildungskommission und lehnt den Minderheitenantrag ab, der mehr finanzielle Mittel für die Unterstützung der Kantone beantragte.

Der Ständerat stimmt mit 24 zu 18 Stimmen für ein Nichteintreten auf die Vorlage und lehnt mit 25 zu 16 Stimmen auch die dazugehörige Finanzierung ab. Das Geschäft wird nun im Nationalrat behandelt.

Parlamentarische Initiative

[19.415](#)

Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben

Die Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 soll so geändert werden, dass alle Schweizerinnen und Schweizer, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und die nicht entmündigt sind, das aktive Wahl- und Stimmrecht erhalten. Am 28. Mai 2020 beschloss die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK-N), der Initiative keine Folge zu geben. Dagegen hiess der Nationalrat den Vorstoss am 10. September 2020 gut. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) stimmte dieser Entscheid am 1. Februar 2021 zu. Am 15. April 2021 nahm die SPK-N von der Position des Nationalrates Kenntnis, beantragte aber am 5. Dezember 2021 von Neuem, der Initiative keine Folge zu leisten. Der Nationalrat hielt indessen am 16. März 2022 an seinem ursprünglichen Beschluss fest. An ihrer Sitzung vom 1. September 2022 beschloss die SPK-N schliesslich, auf die Initiative einzutreten und den Vorentwurf in die Vernehmlassung zu schicken. Nach Ablauf der Vernehmlassungsfrist am 16. Dezember 2022 waren 53 Stellungnahmen eingegangen. Der Vernehmlassungsbericht erschien am 30. März 2023. Nach Kenntnisnahme der Vernehmlassungsergebnisse kam die SPK-N zum Schluss, dass das Geschäft vorerst nicht weiterverfolgt werden soll. Sie beantragt ihrem Rat, die Initiative abzuschreiben. Das Geschäft ist nun im Nationalrat traktandiert.



Parlamentarische Initiative

Pädokriminalität im Internet endlich wirksam bekämpfen

Die Initiative fordert, dass die Strafprozessordnung dahingehend zu ändern sei, dass verdachtsunabhängige verdeckte Ermittlungen im Zusammenhang mit pädosexuellen Straftaten auf Bundesebene möglich sind. Die Rechtskommission des Nationalrates bejaht die Notwendigkeit der Schaffung einer entsprechenden Bundeskompetenz und hat der parlamentarischen Initiative einstimmig Folge gegeben. Der Nationalrat folgte der Empfehlung seiner vorberatenden Kommission. Die ständerätliche Kommission wies jedoch darauf hin, dass die Kantone und der Bund mit NEDIK (Netzwerk digitale Ermittlungsunterstützung Internetkriminalität) eine neue Zusammenarbeitsform geschaffen haben, die eine bessere Vernetzung aller involvierten Stellen gewährleistet und die Spezialisten-Ressourcen bündelt, damit die Bekämpfung der digitalen Kriminalität koordiniert und effizient erfolgt. Sie erachtet es als problematisch, wenn diese gut funktionierende Zusammenarbeit durch Kompetenzverschiebungen wieder in Frage gestellt würde. Sie ist zudem der Ansicht, dass verdachtsunabhängige Ermittlungen nicht eine Frage der Strafprozessordnung sein können: Regelungen der präventiven polizeilichen Vorermittlung liegen in der kantonalen Polizeihöheit und finden sich entsprechend in den kantonalen Polizeigesetzen. Sie kam deshalb zum Schluss, dass die vom Nationalrat vorgenommene Umsetzung der Initiative in der Strafprozessordnung systematisch falsch sei und unnötig in die verfassungsrechtlich festgelegten polizeilichen Kompetenzen der Kantone eingreift. Aus den genannten Gründen lehnte die Kommission die vom Nationalrat vorgenommene Umsetzung der Initiative in der Strafprozessordnung ab und gab der parlamentarischen Initiative als solche im Rahmen der Vorprüfung mit 11 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen keine Folge. Der Ständerat folgte der Empfehlung und gab im Oktober 2021 keine Zustimmung. Die RK-N hielt darauf mit 11 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen an ihrem Beschluss, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben, fest. Der Nationalrat folgte der Empfehlung seiner Kommission. Das Geschäft ist nun wieder im Ständerat traktandiert.

Parlamentarische Initiative

Armut ist kein Verbrechen

Die Initiative fordert, dass ausländische Personen, die seit zehn Jahren in der Schweiz leben und plötzlich auf Sozialhilfe angewiesen sind, nicht mehr des Landes verwiesen werden können. Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, das die Schweiz 1997 ratifiziert hat, garantiert allen Kindern in der Schweiz das Recht auf soziale Sicherheit und einen angemessenen Lebensstandard (Art. 26 und 27 UN-KRK). Dennoch ist dieses Recht vielen Kindern in der Schweiz faktisch verwehrt. Das Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) sieht einen Widerruf der Niederlassungsbestimmung bei Sozialhilfebezug vor. Dies führt dazu, dass ausländische Familien, die seit Jahrzehnten in der Schweiz leben und arbeiten, mit einer Wegweisung konfrontiert sind, wenn sie in eine Notsituation geraten und Sozialhilfe beziehen müssen. Die drohende Wegweisung zwingt Familien in prekären Verhältnissen oftmals dazu, auf Sozialhilfe zu verzichten. Darunter leiden betroffene Kinder ganz besonders. Die Initiative trägt damit zur Rechtssicherheit betroffener Familien bei und gewährleistet einen angemessenen Lebensstandard und Möglichkeit zur sozialen Teilhabe für betroffene Kinder.

Der Nationalrat hat der Initiative im Herbst 2022 bereits Folge gegeben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerates beantragt ihrem Rat jedoch mit 7 zu 6 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Nun wird das Geschäft vom Ständerat behandelt.



Parlamentarische Initiative

[21.412](#)

Von Tagesstrukturen zu Tagesschulen

Analog zur Anschubfinanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung sind die nötigen gesetzlichen Grundlagen für eine finanzielle Unterstützung von Tagesschulangeboten zu schaffen. Das Gesetz soll ein Förderprogramm ermöglichen, welches Kantone bei der Einrichtung von Tagesschulen unterstützt, wobei die Autonomie und die Kompetenzen der Kantone zu gewährleisten sind. Die nationalrätliche Kommission gab der Initiative Folge mit der Idee, dieses Anliegen in die laufenden Arbeiten zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative «[Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung](#)» zu integrieren. Die WBK-S hat mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen den Beschluss zur Initiative sistiert. Dies in Erwartung der Vernehmlassungsergebnisse zur Vorlage der Schwesterkommission zur genannten Kommissionsinitiative. Im Oktober 2022 beschloss die WBK-S mit 7 zu 5 bei 1 Enthaltung der Initiative keine Folge zu geben. Die Struktur und Logik einer Tagesschule basiere in Abgrenzung zu den familienergänzenden Betreuungsstrukturen grundsätzlich auf einem pädagogischen Konzept und sei nur sekundär der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie verpflichtet. Die Kommission äussert mit Blick auf die kantonale Schulhoheit grundsätzliche Bedenken hinsichtlich des Anliegens Initiative. Kantone, Städte und Gemeinden seien unabhängig von einem Bundesengagement in der Lage, ihre Schulstrukturen bei Bedarf anzupassen. Zudem verwies sie auf den laufenden Gesetzgebungsprozess, den die Schwesterkommission zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative «[Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung](#)» lanciert wurde. Im April 2023 sah die WBK-N die Anliegen der parlamentarischen Initiative umgesetzt und beantragt deshalb mit 12 zu 9 Stimmen, ihr keine Folge zu geben. Eine Minderheit will der Initiative nach wie vor Folge geben, weil sie der Ansicht ist, das neue Gesetz erfülle deren Forderungen nur teilweise. Das Geschäft wird nun vom Nationalrat behandelt.

Motion

[19.4349](#)

Endlich den Schutz von Kindern vor der rasant ansteigenden pädosexuellen Gewalt im Internet mit einem griffigen nationalen Aktionsplan gewährleisten

Der Bundesrat wird mit der Motion beauftragt, auf Basis der Strategie Digitale Schweiz und der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken 2018-2022 konkrete Massnahmen zur effektiven Bekämpfung der sich rasant verbreitenden pädosexuellen Gewalt im Internet auszuarbeiten. Dies soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen und unter Einbezug der zuständigen Fachorganisationen im Kindes- und Jugendschutz und Branchenvertretungen geschehen.

Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Der Nationalrat stimmt der Motion zu, der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Das Geschäft wurde während der Frühjahrsession noch nicht im Rat behandelt, was nun in der Sommersession nachgeholt wird.

Motion

[20.3322](#)

Keine Lehrabbrüche von Asylsuchenden, die bereits in den schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind

Mit der Motion wird der Bundesrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen und die Praxis dahingehend anzupassen, dass Asylsuchende, die mit einem gültigen Lehr- oder Ausbildungsvertrag bereits im schweizerischen Arbeitsmarkt integriert sind, ihre Berufsausbildung weiterführen und abschliessen können. Der Bundesrat empfiehlt der Vorstoss zur Ablehnung. Im April 2023 beantragte die SPK-S einstimmig, die Motion abzulehnen. Aus Sicht der Kommission muss die Motion einerseits aus formellen Gründen abgelehnt werden. Der Nationalrat und der Ständerat nahmen nämlich in der Sommer- bzw. in der Wintersession 2022 die Motion 22.3392 («[Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen](#)») der SPK-N an. Diese verfolgt im Wesentlichen dasselbe Anliegen wie die an



der Sitzung beratene Motion, ihr Anwendungsbereich ist allerdings weiter gefasst. Der Bundesrat wurde also bereits beauftragt, die erforderlichen Änderungen der rechtlichen Grundlagen auszuarbeiten. Andererseits zeigen die vom Staatssekretariat für Migration (SEM) vorgelegten Zahlen nach Ansicht eines Teils der Kommission, dass potenziell nur sehr wenige Personen von der Motion profitieren würden. Der Ständerat behandelt nun das Geschäft.

Motion

[20.3374](#)

Unter-16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen. #banporn4kids#

Der Bundesrat wird beauftragt, gesetzliche Anpassungen vorzulegen, um Jugendliche besser vor pornografischen Inhalten im Internet zu schützen. Konkret sollen Fernmeldediensteanbieter verpflichtet werden, Zugangssperren über Anbieter zu verfügen, die pornografische Inhalte im Sinne von Artikel 197 Absatz 1 StGB verbreiten, ohne hinreichende technische Vorkehrungen zum Schutz von Personen unter 16 Jahren zu treffen. Der Bundesrat empfiehlt die Motion zur Ablehnung. Aus seiner Sicht sind diejenigen Massnahmen, die der Bundesrat zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Pornografie im Internet durchsetzen kann, bereits umgesetzt oder stehen kurz davor. Mit 9 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen beantragt die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats (KVF-S) ihrem Rat, die Motion anzunehmen. Die Kommission teilt die Ansicht des Motionärs, wonach der Schutz der unter 16-Jährigen vor pornographischen Inhalten gestärkt werden muss. So schützen die derzeit üblichen Warnmeldungen der Anbieterinnen und Anbieter der entsprechenden Internetplattformen die Jugendlichen ihres Erachtens nicht genügend. Das vorgeschlagene Instrument einer Netzsperrung für Plattformen, die ihrer Pflicht zum Kinder- und Jugendschutz nicht ausreichend nachkommen, erachtet die KVF-S dabei als prüfenswert. Gleichzeitig weist sie aber auch darauf hin, dass andere technische Lösungen in Betracht gezogen werden sollen. Das Geschäft war in der Frühjahrsession für den Ständerat traktandiert, wurde jedoch noch nicht behandelt.

Motion

[20.3634](#)

Aromatisierte Zigaretten. Junge Menschen schützen

Der Bundesrat wird beauftragt, zum Schutz von Kindern und Jugendlichen das geltende Recht mit den folgenden zwei Verboten zu ergänzen:

1. Verbot des Inverkehrbringens von Raucherzeugnissen mit einem charakteristischen Aroma;
2. allgemeines Verbot von Zusatzstoffen für Tabakerzeugnisse und E-Zigaretten, die das Suchtpotenzial oder die Toxizität steigern oder die CRM-Eigenschaften (CRM=carcinogenic, mutagenic, reprotoxic = krebserzeugend, erbgutverändernd, fortpflanzungsgefährdend) aufweisen.

Diese zwei Anpassungen entsprechen der geltenden Europäischen Richtlinie über Tabakerzeugnisse. Die Hersteller von Tabakerzeugnissen setzen ihren Artikeln absichtlich Substanzen bei, die dazu führen, dass das Rauchen «milder» erlebt wird. Sie zielen damit insbesondere auf junge Raucherinnen und Raucher. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Der Nationalrat hat der Motion mit 89 zu 81 Stimmen bei 15 Enthaltungen zugestimmt. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Roduit argumentiert mit dem Jugendschutz. Zusatzstoffe erhöhten das Suchtpotenzial. In der EU gilt ein Verbot, wie es Roduit möchte. Der Bundesrat hatte argumentiert, bei der Beratung des Gegenvorschlags zur später angenommenen Initiative "Kinder ohne Tabak" sei dies vom Parlament nicht gewünscht worden. Der Ständerat behandelt das Geschäft als nächstes.



Motion

[20.4084](#)

Nationale Strategie zur Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität

Der Bundesrat wird beauftragt, eine nationale Strategie zur effizienten Bekämpfung der Cyber-Pädokriminalität auszuarbeiten. Im Hinblick auf die Abgabe der verdeckten Ermittlung vom Bund an die Kantone per Januar 2021 muss eine nationale Strategie sicherstellen, dass die Verfolgung von Cyber-Pädokriminellen nicht an Kantonsgrenzen und kantonalen Rechtsunterschieden scheitert. Der Bundesrat ist der Ansicht, dass mit den aktuellen und geplanten Strukturen und Massnahmen eine koordinierte und zielgerichtete Bekämpfung der Pädokriminalität über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus bereits heute gewährleistet ist und empfiehlt den Vorstoss zur Ablehnung. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion, der Nationalrat behandelte diese als Erstrat. Der Nationalrat stimmt der Motion mit 114 zu 69 Stimmen zu, entgegen dem Einwand von BR Keller-Sutter, die betonte, dass die Bekämpfung Sache der Kantone sei. Das Geschäft wurde während der Frühjahrsession noch nicht im Rat behandelt und ist nun für die Sommersession im Ständerat traktandiert.

Motion

[21.3734](#)

Vaterschaftsurlaub auch beim Tod des ungeborenen Kindes

Der Bundesrat wird beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass der Vaterschaftsurlaub in vollem Umfang gewährt wird, auch wenn das Kind tot geboren wird oder bei der Geburt stirbt.

Seit dem 1. Januar 2021 haben berufstätige Väter Anspruch auf zwei Wochen Vaterschaftsurlaub, finanziert aus dem Ausgleichsfonds der Erwerbersatzordnung. Der Zweck dieses Urlaubes ist es, allen Vätern den gleichen Mindestanspruch zu gewähren, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Mutter während der postnatalen Phase zu unterstützen. Im tragischen Fall einer Totgeburt oder falls das Kind bei der Geburt stirbt, wird der Vaterschaftsurlaub jedoch nicht gewährt. Dies steht im Gegensatz zum Mutterschaftsurlaub, der ab der 23. Schwangerschaftswoche auch beim Tod des Kindes gewährt wird.

Eine Totgeburt oder der Tod eines Kindes bei der Geburt sind traumatische psychische Erlebnisse. Aus genau diesem Grund haben Arbeitnehmerinnen auch in diesen Fällen Anspruch auf mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub nach der Geburt (Art. 329f OR). (Der Urlaub wird gewährt, wenn die Schwangerschaft mindestens 23 Wochen angedauert hat; Art. 23 der Erwerbersatzverordnung.) Nach geltendem Recht wird dies den Vätern nicht zugestanden. Diese Lücke muss geschlossen werden: Der Bundesrat wird beauftragt, analog zum Mutterschaftsurlaub, die bestehende Gesetzgebung so zu ändern, dass Väter in Fällen, in denen das Kind tot geboren wird oder bei der Geburt stirbt, Anspruch auf 10 Tage Vaterschaftsurlaub haben. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.



Motion

[21.3850](#)

Schaffung eines Bundesamtes für Familie, Generationen und Gesellschaft

Die Motion will den Bundesrat beauftragen, ein Bundesamt für Familie, Generationen und Gesellschaft zu schaffen. Ein Bundesamt für Familien und Generationen würde nicht nur die Kräfte bündeln und die Synergien unter den Arbeiten der Verwaltung effektiver nutzen, sondern hat Signalwirkung nach Aussen. Es zeigt den Stellenwert, welcher der Bundesrat dem sozialen Zusammenhalt in der Schweiz beimessen sollte. Die heutige Lösung zeigt dies leider auch: ein vergleichsweise kleines Geschäftsfeld des Bundesamts für Sozialversicherung kümmert sich um die zukunftsrelevanten, sozialen Fragen ohne das nötige Gewicht bei der Abwägung von Interessen zu erhalten. Diese Lücke führt dazu, dass der Ball der Verantwortung in vielen Fällen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden hin und her geschoben wird, ohne dass jemand das Problem löst. Augenfällig ist dies bei der Frage der finanziellen Unterstützung und sozialen Sicherheit der Familien, bei der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, beim Kinderschutz, aber auch in der Gesundheitsförderung und Prävention. Ein paar Stichworte: Immer mehr Haushalte mit Kindern sind von Armut betroffen, die Geburtenzahlen gehen zurück, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nach wie vor sehr schwierig, die Bedürfnisse der Jugendlichen drohen laufend vergessen zu gehen, die soziale Situation vieler Kinder und Jugendlicher ist prekär, Kinder und Jugendliche sind mit innerfamiliärer Gewalt und mit zunehmenden gesundheitlichen Problemen konfrontiert, die Diskussion um einen neuen Generationenvertrag bleibt immer bei der Rentenfrage stecken usw.

Es gibt Konzepte für die frühe Kindheit, Frühförderung, es bestehen finanzielle Unterstützungen für Familienorganisationen. Alles ist zurzeit beim BSV angesiedelt. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat behandelt das Geschäft nun als Erstrat.

Motion

[21.3863](#)

Depakine-Skandal. Notwendigkeit eines Fonds zur Entschädigung der Opfer

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Mechanismus vorzuschlagen, um einen Entschädigungsfond für Kinder zu finanzieren, die wegen Valproat an Embryofetopathie leiden. Im Dezember 2019 wurde im Bericht des Bundesrats in Erfüllung des Postulats 18.3092 auf 39 in der Schweiz diagnostizierte Fälle von Embryofetopathie aufgrund von Valproat hingewiesen. Diese Zahl ist aber wohl zu tief. Die betroffenen Kinder werden nicht offiziell als Opfer von Nebenwirkungen von Medikamenten anerkannt, und ihre Eltern kämpfen darum, ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, wobei sie aber nur von der Invalidenversicherung (IV) finanziell unterstützt werden.

Das Bundesamt für Sozialversicherungen hat eines der Pharmaunternehmen angeklagt, um die Interessen der IV zu schützen, aber weil die Opfer keinen juristischen Schutz geniessen, verzichten viele Eltern darauf, eine Anwältin oder einen Anwalt zu nehmen.

Dass die Folgen für die Kinder von Müttern, die während der Schwangerschaft Valproat eingenommen haben, dramatisch sind, ist unbestritten. Während 10 Prozent der Neugeborenen angeborene Fehlbildungen aufweisen, wurden die in 30 bis 40 Prozent der Fälle beobachteten neurologischen Entwicklungs- und Lernstörungen nicht immer erkannt, bevor die Nebenwirkungen von Valproat ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangten, weil diese von den Medien aufgedeckt wurden.

In der Schweiz haben die Eltern mehrerer Opfer rechtliche Schritte eingeleitet, um eine Entschädigung zu erhalten. Aber die Schweizer Neuro-Pädiaterinnen und Pädiater sind oft zurückhaltend, wenn es darum geht, sich über Kausalzusammenhänge zwischen der Einnahme von Valproat durch die Mutter und Problemen des Kindes zu äussern. Dies erschwert es den Anwältinnen und Anwälten, die betroffenen Familien zu verteidigen.

Mit Blick auf den 2016 geschaffenen Entschädigungsfonds für Asbest-Opfer ist es nötig, auch für die Kinder von Müttern, die während der Schwangerschaft Valproat eingenommen haben, einen Entschädigungsfonds zu schaffen. Der Nationalrat behandelt das Geschäft nun als Erstrat.



Motion

[21.4064](#)

Dauer der Berufsvorbereitung für Geflüchtete und andere spät Zugewanderte

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 7, Absatz 2 der Berufsbildungsverordnung (BBV, Vorbereitung auf die berufliche Grundbildung), gestützt auf Artikel 12 Berufsbildungsgesetz (BBG), wie folgt zu ergänzen:

- Absatz 2 ergänzen mit: Für geflüchtete und andere spät Zugewanderte dauern die Angebote bei Bedarf zwei Jahre; für diese Zielgruppe wird keine Alterslimite gesetzt. 40 Prozent der spät zugewanderten Personen von 16-24 Jahren haben keinen Abschluss auf Sekundarstufe II und sind weder in Ausbildung noch erwerbstätig (vgl. Studie BASS, 2019). Bund und Kantone wollen, dass möglichst viele dieser Personen an eine berufliche Ausbildung herangeführt werden. In seiner Stellungnahme zur Interpellation 21.3041 teilt der Bundesrat die Ansicht, dass die Berufsvorbereitung dabei eine wichtige Rolle spielt. Gemäss BBG und entgegen der Ansicht des Bundesrats ist es jedoch auch Aufgabe der Berufsbildung - und nicht nur der "Integrationsagenda" - Defizite zu beheben.

Die "Integrationsagenda" von Bund und Kantone (beschlossen 2018) baut zwar die Angebote der "Erstintegration" von Geflüchteten aus. Daran anschliessend sind nun auch die Brückenangebote im Regelsystem - das heisst im Rahmen der Berufsvorbereitung gemäss BBG und BBV - auszubauen. Dafür ist es nötig, die bestehende Einschränkung der Berufsvorbereitung auf ein Jahr aufzuheben und eine Alterslimite, die heute in vielen Kantonen unter 25 Jahren liegt, auszuschliessen. Das ermöglicht, dass Personen nach einem integrationsorientierten Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) bei Bedarf noch ein zweites praxis- oder schulisch-orientiertes BVJ besuchen können.

Viele (junge) Zugewanderte sind hochmotiviert, eine qualifizierte Ausbildung machen zu können, brauchen aber eine zwei Jahre dauernde Berufsvorbereitung, nicht zuletzt wegen der Sprache, um sich auf den Eintritt in eine EBA- oder EFZ-Lehre vorzubereiten. Das zeigen die Praxis und eine Studie (SFM, 2019). Zudem besteht ein Bedarf bei weiteren spätzugewanderten Personen im Alter von über 25 Jahren.

Eine Investition in die Berufsvorbereitung bringt Nutzen sowohl für die Betroffenen als auch für den Arbeitsmarkt, der so fehlende Fachkräfte rekrutieren kann. Gemäss einer Studie (vgl. SEM und EDK, 2018) ist bei solchen Investitionen - durch längerfristige Einsparungen in der Sozialhilfe und mehr Steuereinnahmen - ein Return on Investment mit Faktor 3 bis 4 zu erwarten. Der Nationalrat behandelt das Geschäft nun als Erstrat.

Motion

[22.3355](#)

Strafrechtliches Verbot von geschlechtsverändernden Eingriffen an Kindern mit einer angeborenen Variation der Geschlechtsmerkmale (Intergeschlechtlichkeit)

Der Bundesrat wird beauftragt, das Strafgesetzbuch mit einem Tatbestand zu ergänzen, der jegliche chirurgischen oder hormonellen irreversiblen Eingriffe (auch als geschlechtsverändernd bezeichnet) an inneren und äusseren Geschlechtsmerkmalen oder Genitalien von urteilsunfähigen Kindern oder die Aufforderung dazu in der Schweiz mit Strafe bedroht. Nicht von diesem Verbot erfasst sein sollen medizinisch nicht aufschiebbare oder zwingende Eingriffe zur Abwendung einer Lebensgefahr (zeitliche Dringlichkeit) oder einer erheblichen und aktuellen Gefahr für die Gesundheit des Kindes (sachliche Dringlichkeit). Im Rahmen der neusten Empfehlungen hat der UN-Kinderrechtsausschuss ein Verbot medizinischer oder chirurgischer Behandlungen bei intergeschlechtlichen Mädchen und Jungen gefordert, wenn diese Eingriffe sicher aufgeschoben werden können, bis die Kinder ihre informierte Zustimmung geben können. Es ist das fünfte Mal, dass ein UN-Ausschuss Massnahmen von der Schweiz fordert. Nicht von diesem Verbot erfasst sein sollen zudem die Knabenbeschneidung und dem Kindeswohl entsprechende und medizinisch indizierte Massnahmen zur Geschlechtsangleichung. Zudem ist zu prüfen, ob für urteilsfähige Kinder ein Schutzalter vorgesehen werden soll. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Die Motion wurde an die zuständige Kommission des Ständerates zur Vorberatung zugewiesen. Da das Thema



äusserst komplex ist, hat die vorberatende Kommission des Ständerates Fachleute und Vertreterinnen einer Interessengruppe angehört. Das Geschäft wird nun vom Ständerat behandelt.

Postulat

[21.3838](#)

Mischungen aus Alkohol und Medikamenten. Es ist Zeit, die Alarmglocke zu läuten

Da es in der Schweiz über den Mischkonsum von Alkohol und Medikamenten nur sehr wenig Daten gibt, wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht vorzulegen, der evaluiert, in welchem Ausmass die Jungen mit diesem Problem konfrontiert sind. Gleichzeitig wird der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über eine gemeinsame Strategie mit den Kantonen vorzulegen, um diese gefährliche Praxis zu bekämpfen.

Mischungen aus Medikamenten, Schlafmitteln, Beruhigungsmitteln und Hustensirup auf Opiatbasis, die man unter anderem in der elterlichen Apotheke vorfinden kann, scheinen bei den Jungen in der Schweiz beliebt zu sein. 2020 sind mindestens sechs Personen daran gestorben, innerhalb von drei Jahren waren es gemäss Sucht Schweiz mehrere Dutzend. Obwohl die Prävention Sache der Kantone ist, sollte das BAG seine Koordinationsfunktion wahrnehmen und Alarm schlagen. Die Datenbasis in der Schweiz über den Mischkonsum bei den Jungen ist schwach, obwohl die Situation nicht neu ist. Aber welche Substanzen im Trend liegen, ändert sich. Bevor sich die Situation weiter verschlechtert, muss sich der Bundesrat unbedingt über das BAG mit den Kantonen koordinieren, um diesem gefährlichen Suchtphänomen entgegenzuwirken. Der Nationalrat behandelt das Geschäft nun als Erstrat.

Postulat

[22.3109](#)

Politische Bildung. Auswertung der Ergebnisse und Erarbeitung einer Bundesstrategie

Der Bundesrat wird aufgefordert, einen detaillierten und mit Beispielen versehenen Bericht über mögliche Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung in der Schweiz vorzulegen. Der Bericht gibt einen Überblick über positive Ergebnisse, Schwachstellen und Verbesserungsvorschläge. Er gründet sich insbesondere auf Massnahmen, die in anderen Ländern umgesetzt werden, beispielsweise in den skandinavischen Ländern, und berücksichtigt die Wahlbeteiligung nach Altersgruppe. Der Bericht definiert die Voraussetzungen für eine Unterstützung des Bundes an die Kantone. Der Bundesrat hat das Geschäft zur Ablehnung empfohlen. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.